

"Freiwilliger Einsatz muss besser anerkannt werden"

Im Gespräch ... Brigitte Pothmer

Niedersachsens Grünen-Vorsitzende fordert bessere Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. "Wir brauchen mehr freiwillige Helfer. Sonst bleibt der Sozialstaat auf der Strecke", sagt Pothmer.

Brigitte Pothmer

Umfragen zum Jahreswechsel haben es deutlich gezeigt: Viele Deutsche sorgen sich um den Sozialstaat und beklagen, dass sich immer mehr "soziale Kälte" breit mache. Dafür seien nicht allein die beschlossenen Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen verantwortlich, meint Brigitte Pothmer. Die Gesellschaft ändere sich schon seit Jahren: Viele Frauen nähmen nicht mehr die klassischen Rollen bei der Kindererziehung oder auch bei der Pflege ihrer Eltern ein. "Dieses Sozialkapital geht der Gesellschaft verloren, und wir werden das Rad nie mehr zurückdrehen können."

Allerdings sei die Annahme falsch gewesen, dass die Lächer praktisch allein durch Angebot und Nachfrage in der Dienstleistungsgesellschaft gestopft werden könnten. "Noch mehr professionelle Helfer können die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen finanziell nicht verkraften", sagt Pothmer. Die Angst vor sozialer Kälte in der Gesellschaft könne zudem durch mehr Dienstleistung nicht genommen werden.

Die Grünen-Politikerin, die bis Anfang vergangenen Jahres für die Sozialpolitik in der Landtagsfraktion verantwortlich war, sieht ein "riesiges Potenzial" für freiwillige Helfer - in der Generation der Frührentner, die nach neuen Aufgaben suchen, ebenso wie bei jungen Schulabgängern, die sich noch orientieren wollen. Man setze jedoch immer noch allzu häufig auf die "Allmacht des Staates" anstatt bürgerliches Engagement entsprechend zu fördern, beklagt Pothmer. Die Parteivorsitzende hat bei der Böll-Stiftung eine Studie über Möglichkeiten für freiwilligen Einsatz in Deutschland erstellen lassen - mit einem wenig schmeichelhaften Ergebnis für Niedersachsen. In Bayern oder Baden-Württemberg etwa gebe es einen deutlich höheren Anteil von Bürgern, die sich engagieren - und zwar auch abseits der bestehenden Vereine oder Wohlfahrtsverbände. Viele Menschen, sagt Pothmer, könnten mit dem klassischen Ehrenamt nicht mehr viel anfangen. "Für sie müssen neue attraktive Angebote geschaffen werden." Und zwar spätestens dann, wenn es bei einem möglichen Wegfall des Wehrdienstes auch keine Zivildienstleistenden mehr gibt.

Pothmer fordert die CDU/FDP-Landesregierung in Hannover auf, das Thema nach baden-württembergischen Vorbild in die Hand zu nehmen: Es müsse ein Rahmenplan für das Land erstellt werden, außerdem müsse es eine Geschäftsstelle für bürgerschaftliches Engagement bei der Landesregierung geben. Mit den Kommunen sollten Verträge für Projekte geschlossen werden, in denen freiwilliger Einsatz eine besondere Rolle spielt.

Grundsätzlich sollte bürgerschaftliches Engagement besser "belohnt" werden, fordert Pothmer: Durch Freistellung von Schülern für solche Aufgaben oder besondere Vermerke im Zeugnis, durch Anerkennung von sozialen Dienstzeiten als Berufspraktika oder als besonderen Bonus bei der Studienplatzvergabe. Der Grünen-Politikerin schwebt vor, dass sich alle Bürger für ein Jahr im Leben für einen sozialen Einsatz verpflichten sollten - freiwillig allerdings, wie Pothmer betont. Warum aber, sagt sie, sollte es bei Bewerbungsgesprächen für Führungskräfte künftig nicht als erstes um die Frage gehen, ob der Kandidat auch ein soziales Jahr absolviert hat? Jörg Kallmeyer